

währen würde, die dann von selbst auch Eigentümerrechte, aber auch entsprechende Eigentümersrisiken mit sich bringen würde.“ Was Pius XII. also meint, ist dies: Man soll nicht das Privateigentum, dem die Verfügungsgewalt wesentlich ist, unterhöhlen, indem man diese Verfügungsgewalt beschränkt, sondern man soll den Arbeiter zum Eigentümer machen und, soweit dies nicht möglich ist, ihm öffentlich-rechtliche Zugeständnisse einräumen.

#### *Gegen falsche Anonymität*

„Hier scheint nun der entscheidende Punkt erreicht, der in der neuen Ansprache bezüglich des Mitbestimmungsrechtes kräftig unterstrichen werden sollte. Es muß unter allen Umständen das immer weiter gehende Dreinreden von Instanzen in den Betrieb abgebremst und zurückgebildet werden, die für den Betrieb reale Verantwortung und Risiken weder übernehmen wollen noch können. Diese falsche Verstaatlichung, Verbeamtung, Anonymisierung und Kollektivisierung, die nicht von persönlicher Verantwortung und Haftung für die Entscheide getragen ist, kann niemals eine wahre Lösung der sozialen Frage bedeuten.“

Aus der bloßen Natur des Arbeitsvertrages ein Mitbestimmungsrecht herleiten zu wollen, wie es nach David vor allem in Frankreich versucht wurde, ist naturrechtlich unhaltbar, weil im Widerspruch zum Wesen des Eigentums und der Unternehmerfunktion. Es ist auch praktisch verwerflich, weil solcher Mitsprache keine Verantwortung gegenübersteht. „Dagegen aber, daß durch freie Vereinbarung und zum Nutzen aller Beteiligten und des Unternehmens selbst in einer vernünftigen und verantwortlichen Form auch die Belegschaft an der Mitbestimmung im Betrieb, etwa durch Überlassung von Verwaltungsratsitzen, beteiligt würde, mag man praktische Zweifel an der Ausführbarkeit hegen, ist aber theoretisch nichts einzuwenden, und auch in der neuen Ansprache wird dies, wenn auch nicht ausdrücklich gebilligt, so doch auch nicht abgelehnt.“

#### *Kein Widerruf von „Quadragesimo Anno“*

Die Enzyklika „Quadragesimo Anno“, fährt David fort, hat die Annäherung des Lohnarbeitsverhältnisses an den Gesellschaftsvertrag empfohlen. Papst Pius XII. beruft sich auf diese Enzyklika. So war es gewiß nicht seine Absicht, jene Empfehlung zu widerrufen. Aber es sollte klargestellt werden, daß die Mitbestimmung so geregelt werden muß, daß sie nicht der Kollektivierung, sondern der Hebung der individuellen Freiheit zugute kommt. Aus diesem Grunde wird vor der Mitwirkung außerbetrieblicher Organe gewarnt. Sie kann nicht ebenso betrachtet werden wie die Mitwirkung auswärtiger Kapitalvertreter, die naturgemäß am Wohlergehen des Betriebes interessiert sind. Bei der weiteren Diskussion des Mitbestimmungsrechtes wird man im Einvernehmen mit den Worten des Papstes den Gedanken im Auge zu behalten haben, daß Mitwirkung und Verantwortung sich jeweils entsprechen müssen.

Diese Darlegungen stimmen in allen wesentlichen Punkten überein mit denen, die P. von Nell-Breuning SJ in den Ruhr-Nachrichten und neuerdings in einem längeren Aufsatz über die „Mitbestimmung des Arbeiters“ in den „Stimmen der Zeit“ (Bd. 146, Heft 10 [Juli 1950], S. 286—295), sowie Professor Hirschmann SJ in der Zeitschrift „Mann in der Zeit“ veröffentlicht haben und von denen wir voraussetzen dürfen, daß sie unseren daran interessierten Lesern bereits bekannt sind.

## Die „Kämpfer für den Frieden“ und ihr Stockholmer Appell

„Niemand kann heute mehr über den Feldzug hinwegsehen“, schreibt die französische Zeitung „Le Monde“ am 22. Juni, „den die ‚Kämpfer für den Frieden‘ zugunsten des Stockholmer Appells führen. Die ganze Erde ist bedeckt mit den Plakaten, auf denen alle Männer und Frauen guten Willens eingeladen werden, ihre Unterschrift für das Verbot der Atombombe abzugeben, und die „Humanité“ teilte uns gestern mit, daß im schwarzen Afrika, wo man seinen Namen auf Bambusrohr schreibt, das Tamburin von Dorf zu Dorf die Friedensbotschaft trägt.“

Es handelt sich um den größten und verführerischsten Ideenfeldzug, den der Kommunismus seit Kriegsende unternommen hat und den er bis in den letzten Winkel der Erde zu tragen beabsichtigt. Die primitiven Völkermassen in Asien, Afrika und Südamerika sollen davon überzeugt werden, „wer heute wirklich für den Frieden eintritt“. Der Oberste Sowjet Rußlands und die Oststaaten haben sich in aller Form zur Stockholmer Botschaft bekannt. Die Regierungen des Westens dagegen schweigen, die christlichen Kirchen äußern sich zurückhaltend und werden darum der Sabotage des Friedens bezichtigt. Die einfachen Menschen, die ihre Unterschrift gaben und an die Ehrlichkeit dieser Bewegung glauben, zählen auch in Westeuropa nach Millionen. Allein in Frankreich sollen sich, wenn man der „Humanité“ vertrauen darf, bis Ende Juni 5 Millionen Unterzeichner gefunden haben, keineswegs nur Kommunisten, sondern ganze Gemeindevertretungen, Künstler, Gelehrte und selbst katholische Ordensleute. Es ist eine Verwirrung der Geister entstanden, die von den zu geistiger Führung Berufenen Beachtung und Aufklärung fordert. Wir wollen unseren Lesern deshalb die Dokumente mitteilen, die eine Beurteilung der Stockholmer Initiative ermöglichen.

#### *Die Stockholmer Botschaft*

Vom 15. bis 19. März d. J. fand in Stockholm die dritte Tagung des „Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger“ statt. Sie erließ folgende Botschaft: „Wir wenden uns an alle Menschen, die guten Willens sind, mit dem Vorschlag, Vertreter für den zweiten Weltkongreß der Friedensanhänger zu bestimmen, der im vierten Vierteljahr 1950 in Italien stattfinden wird. Wir wenden uns an alle sozialen und religiösen Gruppen sowie alle Kulturschaffenden, an alle ehrlichen Menschen, die — unabhängig von der Art ihrer Ansichten über die Ursachen der jetzt entstandenen gespannten internationalen Lage — hierüber Unruhe empfinden und ernsthaft eine Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern wünschen. Als Grundlage zur Erzielung einer Vereinbarung schlagen wir vor, daß die Atombombe verboten und diejenige Regierung verurteilt werden soll, die als erste die Atomwaffe zum Einsatz bringt.“

#### *Die Anfänge der Friedensbewegung*

Um die Aufregung zu begreifen, die wegen dieser Botschaft entstanden ist, und ihren eigentlichen Sinn zu verstehen, ist es notwendig, sich über ihre Verfasser näher zu unterrichten. Die Schweizer Zeitschrift „Orientierung“ (31. 5 und 15. 6. 1950) hat eine gute Übersicht über die Entwicklung der Friedensbewegung gegeben. Wir entnehmen ihr die folgenden Mitteilungen:

Die Bewegung genießt die volle Unterstützung der Sowjetregierung, der Kominform und sämtlicher kommunistischer Parteien. Die Kominform-Konferenz vom 17. bis 20. 11. 1949 hat erklärt, sie sei eines der wirksamsten Mittel gegen die Kriegspolitik der USA.

Am Anfang ihrer Geschichte steht die Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom 14. 1. 1949 über die kollektive Sicherheit im nordatlantischen Raum und die Gegenerklärung des russischen Außenministeriums vom 29. 1. 1949, die im Atlantikpakt ein „Werkzeug des aggressiven britisch-amerikanischen Blocks in Europa“ sieht. Gleichzeitig, am 27. 1. 1949, richtete der amerikanische Korrespondent Kingsbury Smith an Stalin vier Fragen, die dieser am 31. 1. beantwortete. Er erklärte sich bereit, mit den Vereinigten Staaten zu einem Friedensabkommen zu gelangen und über eine Methode zu seiner Durchführung durch gemeinsame Abrüstung zu verhandeln. Am 3. Februar lehnte aber Präsident Truman auf einer Pressekonferenz den Vorschlag ab. Er sagte: Auf die Bereitschaft der Sowjetunion einzugehen, wäre gleichbedeutend damit, sie zu neuen Aggressionen zu ermuntern.

#### *Der Pariser Kongreß 1949*

Darauf folgten an vielen Plätzen Friedensdemonstrationen, veranstaltet von Personen und Vereinigungen, die mit Rußland sympathisieren, so in New York am 5. 2. durch das Frauenkomitee des Nationalrates für amerikanisch-sowjetische Freundschaft, am 17. 2. seitens des Demokratischen Frauenbundes in Berlin, am 19. 2. in Manchester, am 25. 2. in Leningrad. Am 24. 2. erließ in Paris ein „Internationaler Verbindungsausschuß der Geistes-schaffenden“ in Verbindung mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und einer Anzahl einzelner Persönlichkeiten des Geisteslebens ein Manifest an alle demokratischen Organisationen und Einzelpersonen, sich an einem Weltkongreß der Friedensanhänger zu beteiligen, der für den Monat April 1949 nach Paris einberufen wurde. Die einladenden Organisationen waren ebenso wie die ihnen verwandten: die Weltföderation der Gewerkschaften und der Weltbund Demokratischer Jugend, entweder nach dem Kriege unter sowjetischem maßgebendem Einfluß gegründet worden oder unter diesen Einfluß geraten. An die Spitze des vorbereitenden Komitees des Friedenskongresses trat der französische Atomforscher Professor Joliot-Curie. Im März 1949 wurde in der ganzen Welt für die Beteiligung an diesem Kongreß geworben. Am 3. April konnte das vorbereitende Komitee melden, daß „bereits mehr als 500 Millionen Staatsbürger verschiedener Länder“ durch ihre Organisationen den Wunsch nach Teilnahme kundgetan hatten. Rund 2000 Delegierte würden von ihnen entsendet werden.

Der Pariser Kongreß tagte vom 20. bis 25. April 1949. 1784 Delegierte aus 72 Ländern waren anwesend, 275 andere, denen die französische Regierung die Einreise verweigert hatte, kamen zugleich in Prag zusammen. In dem Manifest, das der Kongreß erließ, heißt es zum Schluß: „Im Namen von gesellschaftlichen Organisationen, die 600 Millionen Frauen und Männer vereinen und auf dem Weltkongreß der Friedensanhänger vertreten sind, wenden wir uns an alle Völker der Erde und sagen ihnen: Kühnheit und nochmals Kühnheit im Kampf für den Frieden! Wir konnten uns fest zusammenschließen, wir konnten einander verstehen. Und wir drücken unsere

Bereitschaft und unseren Willen aus, diesen Kampf für den Frieden — den Kampf für das Leben — zu gewinnen.“ Es wurde beschlossen, „die machtvolle Mobilisierung der Friedenskräfte fortzusetzen und auszubauen“. Diese Aufgabe wurde an das „Ständige Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger“ mit dem Sitz in Paris unter Leitung von Joliot-Curie übergeben. In den Kreis seiner 132 Mitglieder wurden u. a. berufen: der Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften Louis Saillant, Abbé Boulier, Hewlett Johnson, der Dompropst von Canterbury, der italienische Sozialist Pietro Nenni, Ada Alessandrini von der Leitung der christlichen Friedensbewegung in Italien, die Deutschen Otto Nuschke und Anna Seghers.

Dem Ständigen Komitee sind im einzelnen folgende Aufgaben zugewiesen: 1. die Welt mit den Absichten des Kongresses bekannt zu machen und sie zu propagieren; 2. die Friedensarbeit in den einzelnen Ländern durch Erfahrungsaustausch zu fördern; 3. Maßnahmen gegen den Frieden zu verurteilen und zu bekämpfen; 4. auf dem Gebiet der Kultur alle nützlichen Friedensaktionen zu unterstützen; 5. den nächsten Weltkongreß vorzubereiten. 6. Propagandamittel für den Frieden zu schaffen und ein Presseorgan herauszugeben. Der Ausschuß erhielt in Paris, 2 rue de l'Élysée, ein ständiges Büro.

Für die Reaktion in der Öffentlichkeit, die der Pariser Kongreß fand, ist bezeichnend, daß an der Volkskundgebung, die er veranstaltete, eine halbe Million Menschen teilgenommen haben soll. Ebenso wurde er durch ungezählte Versammlungen in vielen anderen Ländern populär gemacht. Unter diesen Versammlungen spielte die sowjetische „Unionskonferenz der Friedensanhänger“ in Moskau vom 25. bis 27. August 1949 eine besondere Rolle. In ihrem Manifest finden sich die Gedankengänge, die den Zusammenhang zwischen der Friedensbewegung und der Politik der Sowjetunion herstellen und so viele nicht-kommunistische Friedensfreunde beeindruckt haben. Es ist dieser Versammlung gelungen, der Ansicht Boden zu bereiten, die der Generalsekretär des Pariser Komitees, Jean Laffitte, in die Worte kleidete: „Dort (in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien) umfaßt die Bewegung wirklich das ganze Volk, und ihr entspricht die konsequente Friedenspolitik der Regierungen. Hunderte Millionen Friedensanhänger in allen Ländern erblicken in der Sowjetunion den Hort des Friedens, der Sicherheit und Völkerfreundschaft, die Hauptkraft, die die aus Rand und Band geratenen Kriegsbrandstifter zügelt.“

#### *Zweite Entwicklungsstufe*

Im Herbst 1949 begann mit der zweiten Tagung des Ständigen Komitees in Rom eine neue Entwicklungsphase der Friedensbewegung. Sie wurde dahin charakterisiert, daß die Bewegung nunmehr genügend erstarkt sei, um in bestimmten Aktionen „die Pläne der Kriegsbrandstifter zu durchkreuzen“. Es wurde beschlossen, bei den Regierungen und Parlamenten aller Länder Anträge zu stellen, die die Einschränkung der Rüstungsausgaben, das Verbot der Atomwaffe, den Abschluß eines internationalen Friedenspaktes, die Beendigung der Diskriminierung der Friedensbewegung und — bezeichnenderweise — das Verbot von „Interventionen und Kriegen gegen die Völker, die für ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen“, zum Gegenstand haben. Man beschloß ferner, diesen Forderungen durch intensive Propaganda in

Büros und Fabriken, Organisationen und Universitäten den notwendigen Widerhall zu schaffen.

Zu dieser Zeit unternahm die Sowjetunion zwei politische Vorstöße im Sinne der Weltfriedensbewegung. Auf der vierten Vollversammlung der UN hielt Wyschinski am 10., 14. und 16. November 1949 drei Reden über das Verbot der Atomwaffe, die Verurteilung der Kriegsvorbereitungen und den Plan eines allgemeinen Friedenspaktes. Gleichzeitig, zwischen dem 17. und 20. November, beschloß die Kominform, die Friedensbewegung voll zu unterstützen. Sie empfahl der Bewegung, durch ihre zukünftige Tätigkeit folgende Tatsachen der Allgemeinheit bekannt zu machen: 1. daß die Regierungen der westlichen Welt unfrei sind; 2. daß sie alle im Solde der USA den Krieg vorbereiten; 3. daß die Ziele der Sowjetpolitik friedlich sind; 4. daß die militärische Kraft Rußlands den Eindruck widerlegt, als seien die Vereinigten Staaten die stärkste Macht der Welt.

Ein Erfolg dieser Propaganda zeigte sich zu Beginn 1950 in den Dokerstreiks in Frankreich und Italien. Die Transportarbeiter weigerten sich, amerikanisches Kriegsmaterial zu entladen, das für die Verteidigung dieser Länder bestimmt war, und zwangen die Regierungen zur Anwendung von Gewalt. In Frankreich gab es Tote. Im März fand alsdann die Stockholmer Tagung statt. Am 31. Mai erließ das Büro des Weltkongresses von London aus die Einladung zum 2. Weltkongreß, der Ende Oktober in Genua stattfinden wird. Grundlage der Zulassung zum Kongreß soll die Annahme der Stockholmer Erklärung sein. Die Zahl der Unterschriften für diese wird auf mehr als 100 Millionen beziffert.

An diesen Bericht knüpft die „Orientierung“ folgende Fragen: 1. Entspricht die Politik der Sowjetregierung diesem Friedenswillen des russischen Volkes, oder ist dessen Friedensbewegung nur ein Propagandainstrument der Regierung? 2. Warum rüstet die Sowjetunion? Wäre es der russischen Regierung mit dem Frieden ernst, dann könnte sie nicht nur das eigene Volk, sondern die ganze Welt durch eine beispielgebende Abrüstung zum Frieden führen.

#### *Die katholische Kirche zur Stockholmer Botschaft*

Was nun die Botschaft von Stockholm und ihre Propaganda betrifft, haben wir an dieser Stelle vor allem zu berichten, daß die katholische Kirche, abgesehen von einzelnen Geistlichen in Frankreich, wie dem bekannten P. Montuclard, und einer allerdings erheblichen Zahl führender Laien, sich gegen die Unterstützung dieser Aktion entschieden hat. Auch der Episkopat jenseits des Eisernen Vorhangs richtete in verschiedenen Ländern dementsprechende Warnungen an die Gläubigen. Umgekehrt erklärten jene Regierungen diesen Fall zu einem „Prüfstein für die wahre Gesinnung der katholischen Kirche“. Namentlich in Polen kam es zu sehr heftigen Angriffen gegen die Bischöfe, denen aus diesem Anlaß zum erstenmal die offene Verletzung des Kirchenabkommens vorgeworfen wurde, in dem sie sich ja zur Unterstützung der kommunistischen Friedenspolitik verpflichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jg., H. 9, S. 412). Nach einer Meldung von „Le Monde“ (15. Juni 1950) aus Warschau sollen die polnischen Bischöfe nachgegeben haben. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Msgr. Choromanski, habe das Kirchenministerium wissen lassen, daß der Episkopat zu Stockholm „eine positive Haltung

einnimmt und die Friedensbewegung unterstützen wird“. In anderen Ländern des Ostens haben unter dem Druck der Verhältnisse die katholischen Priester zum großen Teil ihre Unterschrift geleistet.

Die Bischöfe in den westlichen Ländern haben dort, wo die Unterschriftensammlung intensiv betrieben wurde, besonders in Italien und Frankreich, dagegen Stellung genommen. Die Begründung, mit der sie dies taten, war in den meisten Fällen die gleiche, wie sie in der folgenden Erklärung des Kardinals Schuster von Mailand zum Ausdruck kommt. Er bezeichnete die Unterschrift unter diese Friedenskundgebung als „weder notwendig noch opportun“, weil die Aktion von einer politischen Partei ausgehe, die „weder die Gesinnung der Kirche noch die große Mehrheit der Italiener vertrete“. „Die ganze Welt kennt und muß kennen die Lehren und Erklärungen des Oberhauptes der katholischen Kirche über den Frieden Christi im Reiche Christi und die Verurteilung aller jener Formen der Strategie und Kriegführung, die der Gerechtigkeit und Liebe widersprechen“. Auch der „Osservatore Romano“ nahm die Sache so ernst, daß er ihr zweimal, nämlich am 19. und 28. Juni, lange Aufsätze widmete. Wenn diese auch keinen offiziellen Charakter tragen, lassen sie doch erkennen, daß man im Vatikan den ablehnenden Standpunkt der Bischöfe teilt. Der „Osservatore“ sagt ganz deutlich, daß die Kommunisten keine ehrlichen Mitkämpfer für den Frieden suchen; „sie wollen Marionetten zur Ausführung der Befehle bedenkenloser Drahtzieher, die nicht zögern werden, morgen — im „Interesse der Arbeiterklasse“, als deren unfehlbare Treuhänder sie sich betrachten — Ströme von Blut zu vergießen und mit allen Waffen loszuschlagen, eingeschlossen Atombomben“. Das Blatt erinnert zum Beweise an das Bündnis zwischen Stalin und Hitler sowie an die vergeblichen Bemühungen Papst Pius' XII., den Ausbruch des zweiten Weltkrieges zu verhindern. Die damalige Mahnung des Papstes, daß der wirkliche Friede nicht von der Gewalt ausgehen und unter einseitigen Bedingungen geschaffen werden könne, habe nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Der Beitrag der Katholiken zum Frieden bestehe in ihrem Bestreben, den Egoismus einzuschränken und der Gerechtigkeit zu dienen.

#### *Die französischen Kardinäle*

In einer besonders ausführlichen Erklärung haben die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs Stellung genommen. Weil diese Erklärung nicht nur die Schwierigkeit der Lage in Frankreich kennzeichnet, wo die Gläubigen in beiden Lagern stehen, sondern auch auf das Problem des christlichen Gewissens angesichts dieser Friedensbewegung eingeht, geben wir sie wieder. Sie lautet:

„Im letzten Herbst haben die Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs die Katholiken unseres Landes gedrängt, tatkräftig unter ihren Mitbürgern für den Frieden zu arbeiten. Seitdem hat leider der Kalte Krieg nicht aufgehört, die Herzen der Menschen zu beängstigen, welche die schrecklichen Verwüstungen eines neuen Weltkrieges vor Augen haben. . . .

In so düsterer Atmosphäre ist es verständlich, daß der Stockholmer Appell gegen den Gebrauch von Atomwaffen viele edle Geister verführt hat. Eindringlich wendet ihr, eure Priester und Bischöfe vor die Frage gestellt, ob wir den Gebrauch dieser Atomwaffen verurteilen. Aber solch eine Frage, an die Jünger Christi gerichtet, ärgert und empört sie.

Wie der Papst vor zwei Jahren sagte, kann niemand, der „im wahren Sinne Menschlichkeit besitzt“, den Gebrauch moderner Waffen billigen, die unterschiedslos Soldaten und Zivilisten treffen und blindlings den Tod über ganze Gebiete bringen, die mit dem Fortschritt der Wissenschaft täglich an Umfang zunehmen.

Wir für unsern Teil verdammen sie mit aller unserer Kraft, wie wir auch im letzten Kriege nicht zögerten, die Massenbombardierungen zu verurteilen, die im Angriff auf militärische Objekte alte Leute, Frauen und Kinder zu gleicher Zeit töteten.

Wir sind überzeugt, daß die Menschheit ihre gottgegebene Vernunft schändet, wenn sie die wissenschaftliche Erkenntnis, die so nutzbringend zum Guten gebraucht werden könnte, zu üblen Zwecken mißbraucht.

Darum ersuchen wir die Staatsmänner, die gegenwärtig eine drückende Last von Verantwortung tragen, sie mögen der furchtbaren Versuchung, die Mittel der Zerstörung zu gebrauchen, keinen Raum geben und alles tun, was in ihren Kräften steht, um ein allgemeines Übereinkommen zu einem vollständigen Verbot ihres Gebrauchs zu erzielen.

Allerdings muß der Christ, so sehr er all die Zerstörung und Verelendung, die auch der gerechteste Krieg mit sich bringen würde, verabscheut, sich noch höher erheben. Er will unter den Völkern einen Frieden im wahren Sinne aufgebaut sehen.

Er versteht, daß für jedes Volk in den entscheidenden Augenblicken seiner Geschichte eine kategorische Pflicht besteht, gewisse Opfer an Interessen, Prestige und sogar an Souveränität zu bringen.

Er weiß, daß der Geist der Rache immer verurteilt werden muß, einerlei ob es sich um Völker oder einzelne Menschen handelt, und daß es eine böse Sache ist, den Haß gegen ein Nachbarvolk als Antrieb für eine so erhabene und edle Tugend zu gebrauchen, wie es der Patriotismus ist.

Wenn ihr uns nun fragt: Was müssen wir tun, um wirksam für den Frieden zu arbeiten, empfehlen wir euch mit besonderem Nachdruck drei Dinge:

Erstens: Lest und überdenkt die Lehren Sr. Heiligkeit Papst Pius' XII. über den Frieden, Lehren, die er unaufhörlich seit dem Beginn seines Pontifikates gegeben und erläutert hat, namentlich in seinen großen Weihnachtsbotschaften.

Ihr werdet darin nicht nur sehr bewegende Ermahnungen zur Eintracht und brüderlichen Liebe unter den Völkern finden, sondern ebenso — mit schlagender Klarheit dargestellt — die psychologischen, sozialen, wirtschaftlichen, juristischen und politischen Bedingungen für die internationale Ordnung.

Zweitens: erinnert euch daran, daß die Verantwortung eines Christen nicht an den Grenzen seines eigenen Landes endet, sondern daß er sich eine übernationale Gesinnung aneignen muß. erinnert euch, daß ihr nicht das Recht habt, gleichgültig zu sein gegenüber den Anstrengungen, die man heute macht, Europa, das von so vielen ernstesten jahrhundertealten Rivalitäten zerrissen ist, eine Einheit zu geben, die stark genug ist, um seine Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt zu verbürgen.

Lehnt es ab, dieses Unternehmen, das ebenso schwierig wie dringend ist, mit Spott oder Zweifel zu betrachten. Seid vielmehr Menschen guten Willens, die an ein Vereintes Europa glauben, weil sie danach verlangen, es aufzubauen.

Drittens: Vergesst nicht einen einzigen Augenblick, daß ihr Söhne des allmächtigen Gottes seid, ohne dessen Hilfe — nach den Worten des Psalmisten — „die Menschen vergeblich versuchen, ihre Stadt zu bauen“.

Betet und süht! Reinigt euer Herz! Verzeiht euren Feinden! Werdet zu Werkleuten jener sozialen Gerechtigkeit, ohne die kein Friede unter den Bürgern desselben Landes sein kann! Übt alle jene Tugenden, die dem Christen Gottes Beistand sichern!

Gibt es ein herrlicheres und dringenderes Programm für das Heilige Jahr? Seid versichert, daß jeder in dem Maße, in dem er sich Mühe gibt, es auszuführen, ein wirksamer Arbeiter für den Frieden unter den Menschen sein wird.“

#### *Ein Kommentar von „Le Monde“*

In einem Kommentar zu dieser Erklärung geht „Le Monde“ (22. 6.) davon aus, daß die Bewegung der Kämpfer für den Frieden ein politisch eindeutiges Gesicht zeigt: „sie ist eine der vielfältigen Organisationen, hinter denen der Weltkommunismus es für gut findet, diesen oder jenen Aspekt seiner Tätigkeit zu verstecken“. Sie dient ihm dazu, die Massen in aller Welt von der Friedensgesinnung der Sowjetunion zu überzeugen: Rußland braucht und will den Krieg nicht, weil sein gesellschaftliches Ideal im friedlichen Wettstreit mit dem Kapitalismus von selbst den Sieg davonträgt. Dem Kapitalismus bleibt gegenüber dieser Tatsache nur der Krieg als Waffe, und darum will er den Krieg. Diese Gedankenführung dient neben der allgemeinen Stimmungsmache zugunsten des Sowjetsystems dem konkreten Ziel, den Amerikanern vielleicht ihre eigentliche Machtüberlegenheit zu überwinden: die Atomwaffe. Die Atombombe eignet sich psychologisch sehr gut für die russische Propaganda. Jedermann wird wünschen, sie verboten zu wissen. Die Kommunisten erwarten von ihrem Propagandazug, daß er bei den führenden Männern des Westens das Gefühl erzeugen wird, daß die breiten Massen sich von ihrer Politik abwenden und nicht mehr mitmarschieren, daß er eine defaitistische Stimmung hervorrufen und vielleicht auch revolutionäre Aktionen, Sabotage der Rüstung usw. im Gefolge haben wird, daß endlich — wie es in den „Cahiers du Communisme“ offen ausgesprochen wurde — diese gemeinsame Aktion mit vielen Nicht-Kommunisten Gelegenheit bieten wird, den Einfluß und die Organisationszellen der Partei zu erweitern.

Der große Widerhall des Stockholmer Appells, schreibt „Le Monde“ weiter, stellt auch die Christen vor die Notwendigkeit, sich zu entscheiden. Eine Anzahl geistlicher und weltlicher katholischer Persönlichkeiten schlossen sich an. Sie beriefen sich auf verschiedene Papstworte und kanonistische Meinungen, insbesondere darauf, daß die Kirche schon seit Hiroshima den Gebrauch der Atombombe mißbilligt hat. Unter Führung der beiden Zeitungen „La Croix“ und „Témoignage Chrétien“ erhob sich dann der Widerspruch, der den Appell als ein rein kommunistisches Manöver zurückweist. Einzelne Bischöfe taten dasselbe.

Die Haltung, die nunmehr in der Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe zum Ausdruck kommt, ist davon durchaus verschieden. Die Erklärung enthält keine formelle Verurteilung der kommunistischen Initiative, vermeidet es also, die bekannten Persönlichkeiten zu desavouieren, die unterzeichnet haben und daher jetzt heftigen und keineswegs nur um der Sache willen erhobenen

Anfeindungen ausgesetzt sind. Man kann also, folgert „Le Monde“, die Unterzeichnung nicht mit religiösen Argumenten bekämpfen. Daß eine Sache vom Kommunismus ausgeht, ist kein Grund, sie schon darum zu verwerfen. Es gibt außerdem einen in den Tatsachen liegenden Grund für die Unterzeichnung: diejenigen katholischen Aktivisten, die im Arbeitermilieu tätig sind, hätten sich bei einer Weigerung jedes Einflusses auf eine bedeutende Bewegung begeben.

Wer sich aber durch solche Erwägungen nicht bestimmen zu lassen braucht, muß zu der Überzeugung gelangen, daß die Aktion von Stockholm genau so wenig praktischen Wert hat wie die Verbote, die in der Vergangenheit durch internationale Konventionen ausgesprochen wurden. Glaubt man ernstlich, daß in einem dritten Weltkrieg eine moralische Autorität den Kriegführenden sittliche Verhaltensweisen auferlegen könnte? In einem Krieg, wie er bei der heutigen Technik und bei der geistigen Zerklüftung der Menschheit sich abspielen würde, ginge es um Sieg oder Untergang. Die Nürnberger Urteile haben außerdem das alte „Vae victis“ ins Völkerrecht zurückgeholt. So ist der Appell im Grunde gegenstandslos.

Warum beschränkt man außerdem die Propaganda auf die Atomwaffe? Ihr Verbot beseitigt die übrigen Schrecken, die Massenbombardierungen, die ferngelenkten Geschosse, die bakteriologischen Waffen nicht. Es ist unnütz, diese oder jene Waffe zu verbieten, man muß den Krieg im ganzen zu verhindern trachten, und dies ist der entscheidende Gesichtspunkt der Erklärung der Erzbischöfe. Gegen den Krieg kämpft man nicht dadurch, daß man mit der eigenen reinen Gesinnung protzt, wo doch jedermann weiß, wie das Wort „Frieden“ von der gleichen Seite mißbraucht worden ist, als Stalin und Hitler ihrem Abkommen zur Aufteilung Polens den Namen eines Friedenspaktes gaben.

## Der Christ und der Krieg

### Zur Frage der Kriegsdienstverweigerer

Seit wir im Dezember vorigen Jahres (Heft 3 dieses Jahrgangs S. 131) über die Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen und im Mai 1949 (Jg. 3, H. 8, S. 371 ff.) über das Problem des Pazifismus berichtet haben, ist sowohl die Frage, wie der Christ heute zum Krieg überhaupt zu stehen habe, wie auch die Frage der Rechtmäßigkeit der Kriegsdienstverweigerung mit Berufung auf die christliche Lehre immer wieder erörtert worden. In Frankreich ist die Frage eines Statuts zur gesetzlichen Regelung der Lage der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen weiter gefördert worden. Wir haben damals erwähnt, daß in der nächsten Sitzung der französischen Nationalversammlung ein Gesetzesentwurf von Abbé Pierre und André Philip erwartet werde. Dieser ist denn auch tatsächlich am 1. Dez. von den Abgeordneten André Philip, Binot, Paul Roulet, Abbé Gau, Abbé Grouès-Pierre, Reeb und Rivet vorgelegt worden. Ein ähnlicher Gesetzesentwurf ist auch in Italien eingebracht und von der Kammer einstimmig angenommen worden. Die „Documentation Catholique“ hat nun in ihrem Heft vom 23. April das ganze Problem durch Veröffentlichung einer Reihe von Dokumenten erneut zur Diskussion gestellt.

Eine Anzahl der jungen Leute, die sich in letzter Zeit

in Frankreich und auch in Italien geweigert haben, der Einberufung zum Militärdienst als der Vorbereitung auf das Handwerk des Krieges Folge zu leisten, haben sich auf ihr christliches Gewissen berufen, das ihnen verbietet, etwas zu tun, dessen Endziel das Töten von Mitmenschen, Ebenbildern Gottes, sei. Verbietet aber das christliche Gewissen jegliches Töten, so wäre damit letzten Endes gesagt, daß Krieg überhaupt und in jedem Fall unchristlich und böse ist und daß Christen an keinem Krieg teilnehmen dürften.

### Die religiöse Begründung der Kriegsdienstverweigerung

In dem Vorwort zu dem französischen Gesetzesentwurf, den die „Documentation Catholique“ (Sp. 519—524) veröffentlicht, heißt es denn auch in der Tat unter Punkt 3:

„Diese Haltung stellt nicht die individuelle Geste einiger überspannter junger Leute dar, sie knüpft vielmehr an eine alte geschichtliche Überlieferung an, die in der Geschichte der abendländischen Frömmigkeit ihren Platz hat.

Die Absage an die Gewalt ist zuerst zwei Jahrhunderte lang von der christlichen Urkirche geübt worden.

Origenes schreibt: ‚Wir kämpfen nicht für den Kaiser, selbst wenn er uns verfolgt.‘

Justinus Martyr: ‚Wir weigern uns, gegen unsre Feinde Krieg zu führen, doch wir gehen freudig in den Tod im Namen Christi.‘

Laktanz: ‚Ein Christ darf an keinem Krieg teilnehmen; von den göttlichen Geboten gibt es keine Ausnahme und kann es keine geben. Es ist immer unerlaubt, den Tod eines Geschöpfes hervorzurufen, dem Gott das heilige Geschenk des Lebens gemacht hat.‘

Tertullian, so heißt es weiter, hat ebenfalls die Frage gestellt, ob dem Christen der Militärdienst erlaubt sei, und hat sie negativ beantwortet.

Später, seit der Zeit Konstantins, hat die Kirche dann ihre Haltung in diesem Punkt geändert, und heute hält sich die katholische Lehre an die Unterscheidung des hl. Thomas zwischen gerechtem und ungerechtem Krieg. Doch in gewissen Sekten taucht immer wieder die Idee auf, der Krieg sei für den Christen überhaupt etwas Unerlaubtes; so bei den Mennoniten und bei den Quäkern. Vor dem Krieg sind es auch in Frankreich vor allem einige protestantische Pfarrer und Laien gewesen, die den Militärdienst als Vorbereitung auf den Krieg für den Christen für unerlaubt gehalten haben. Heute sind auch einige katholische Christen der gleichen Ansicht, weil sie nicht mehr daran glauben, daß es gerechte Kriege geben könne.

Die Frage der Kriegsdienstverweigerung unter Berufung auf das Evangelium ist nun aber keineswegs eine einschichtige Frage. Kriegsdienstverweigerung ist nicht einfach identisch mit der Behauptung, der Christ dürfe nicht an einem Krieg teilnehmen. Es handelt sich vielmehr in wechselnder Verschlingung um drei Fragen: 1. Kann der Anruf Gottes zu strengster Befolgung des Gebotes: „Du sollst nicht töten“ an einzelne ergehen, während es für die übrigen Menschen nur in der privaten, nicht aber in der öffentlichen, der politischen Sphäre gilt? 2. Gibt es nur noch „ungerechte Kriege“, an denen deshalb der Christ nicht teilhaben darf? und 3. Kann der Krieg überhaupt aus der Welt geschafft werden, und sind die Kriegsdienstverweigerer die Wegbereiter einer zukünftigen Ordnung der Welt ohne Gewalt?